

Muss die Umwelt die Corona-Rechnung zahlen?

Gastkommentar. Die Coronapandemie verschärft das Ringen zwischen Ökonomie und Ökologie. Österreich hat unerledigte Hausaufgaben.

VON CLAUD REITAN

Kommissar Frans Timmermans hatte dieser Tage alle Hände voll zu tun, um aufgeregte Gemüter zu beruhigen. Hinter den Kulissen der europäischen Politik war erheblicher Aufruhr entstanden, nachdem ein konkreter Plan bekannt geworden war, den europäischen Green Deal zusammenzustricken und einzelne Elemente aufzuschieben.

Dieser Green Deal ist das auf zehn Jahre angelegte zentrale Projekt der Europäischen Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen, um Europas Wirtschaft auf einen klimaneutralen, nachhaltigen und inklusiven Wachstumskurs zu bringen. Genau dieser Plan wurde von Mitarbeitern der Kommission im Vorfeld der Ende April angesetzten Ratstagungen gekürzt. Damit sollten finanzielle Mittel bereit gestellt und administrative Hürden beseitigt werden, damit sich Unternehmen von den Corona-Folgen erholen können.

Ausgerechnet der Klimaschutz sollte vertagt, die klimaschonenden, aber kostenrelevanten Maßnahmen für Luftfahrt und Schifffahrt sollten um zwei Jahre aufgeschoben werden. Teile der deutschen Industrie, namentlich der auch von Österreich belieferten Autoindustrie, standen hinter den Plänen, den Green Deal zu kürzen. Ebenso Regierungsvertreter aus Polen und aus Tschechien.

Umgehende Protestwelle

Der Verband BusinessEurope hat Mitte April Kommissionsvizepräsident Timmermans ersucht, die für Klima und Umwelt nicht essenziellen Konsultationen, etwa jene über Bürgerbeteiligung, zu verschieben. Die Unternehmen, so heißt es in dem Brief, könnten die Direktive bezüglich der Industrieemission ebenso wenig zeitgerecht umsetzen wie Verpflichtungen aus dem Emissionshandel. Fachleute fehlten, die zeitgerechte Lieferung technischer Ausrüstung sei nicht möglich. Immerhin sei auch der

Weltklimagipfel 2020 (COOP 26) ins Jahr 2021 verlegt worden.

Die Proteste gegen die Beschneidung des Green Deal folgten umgehend - und zu Recht. Es wäre tatsächlich ein sachlicher Unsinn und politischer Unfug, die Umwelt für die Corona-Rechnung zur Kasse zu bitten. Vielmehr sollte die zur Krisenbewältigung erforderliche Schwungmasse genutzt werden, Strukturen und Prozesse in Produktion und Konsum mit Kurs auf Nachhaltigkeit neu aufzusetzen.

Die vernünftigen und gebotenen Initiativen, den Klimaschutz nicht gegen Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung aufzurechnen, kommen daher zur rechten Zeit, und sie kommen von Legionen an kompetenten Persönlichkeiten.

Zwanzig deutsche Stiftungen - darunter die Deutsche Bundesstiftung Umwelt - richteten den dringenden Appell an von der Leyen, der ambitionierte Green Deal müsse die Grundlage für die Konjunkturpakete zu Bewältigung der Coronakrise bleiben. Sie er-

hielten prominente Unterstützung. Sandrine Dixon-Declève, Co-Präsidentin des Club of Rome, und Johan Rockström, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, appellierten an Regierungen, dass die Pläne zur wirtschaftlichen Erholung von der Coronapandemie nicht den EU-Zielen der Klimaneutralität und des Green Deal widersprechen sollten. In ihrem an die Regierungen aller Staaten gerichteten, in Österreich vom Climate Change Center Austria (CCCA) verbreiteten Schreiben plädieren sie dafür, die Partnerschaft zwischen Mensch und Natur wieder herzustellen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gab Regierungen fünf Empfehlungen, wie Umwelt- und Klimaschutz davor bewahrt werden können, wegen der Wirtschaftsbelebungen aus der Spur zu geraten. Im Einklang mit den Prinzipien der Nachhaltigkeit empfiehlt die OECD etwa, bestehende Umweltstandards als Teil von Rettungspaketen keineswegs zurückzunehmen.

Enge globale Verflechtungen

Ähnlich äußerte sich die deutsche in Halle ansässige Leopoldina Nationale Akademie der Wissenschaften in ihrer dritten Ad-hoc-Stellungnahme „Die Krise nachhaltig überwinden“: „Alle politischen Maßnahmen, die nicht der unmittelbaren Rettung von Unternehmen dienen, müssen sich auf nationaler wie internationaler Ebene an dem Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren.“

Die Welt rückt zusammen. Wäre dies nicht der Fall, hätten wir keine Covid-19-Pandemie. Angesichts der engen Verflechtungen der globalen Produktion kann es auch in Österreich nicht gleichgültig sein, wie es weltweit um die Standards der Ernährung bestellt ist. Immerhin warnen UNO und EU in ihrem vergangene Woche veröffentlichten Papier „The Global Report on Food Crisis 2020“, dass bereits zu Jahresende 2019 rund 135 Millionen Menschen in 55 Ländern von akutem Hunger

betroffen waren, weitere 183 Millionen Menschen leben an der Schwelle zu akutem Hunger. Fazit des Reports: Die Ernährungslage dieser Menschen werde durch die Pandemie noch verschärft.

Österreich kein Musterschüler

Österreich hätte allerdings auch im eigenen Land ausreichend Gründe, auf Nachhaltigkeit umzuschwenken. Wie alle Staaten hat sich Österreich 2015 verpflichtet, die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung anzustreben, die Sustainable Development Goals (SDGs). Der aktuelle Indikatoren-Bericht der Statistik Austria zeigt jedoch, dass Österreich im Verkehr noch immer zu viel an Energie verbraucht und zu viel an Treibhausgasen emittiert.

Es wird weiters zu viel an Fläche verbaut, die Wirtschaft hat einen im europäischen Vergleich zu intensiven Materialverbrauch und zu hohen Ausstoß an Treibhausgasen. Ausreichend Anlässe also, sich für den Green Deal auszusprechen und nötige Belebungen der Wirtschaft als Schwungmasse für Nachhaltigkeit zu nutzen.

Die Europäische Kommission glaube weiterhin an den Green Deal, meinte der zuständige Kommissar Timmermans auf Twitter. Die Wiederherstellung der Wirtschaft in grüner, also ökologischer Weise sei möglich. Mehr noch: Der Green Deal bleibe eine Wachstums- und Erfolgsstrategie, bekräftigte er vorige Woche.

Auch der Rat legte nach und bereitete für Ende April eine „Roadmap for Recovery“ vor. Deren „oberstes Ziel“ ist es, mit der Wiederherstellung der Wirtschaftsabläufe ein zunehmend resilientes, nachhaltiges und faires Europa aufzubauen. Gut so. Denn gerade die Coronapandemie liefert dafür Argumente.

Krankhafte Abhängigkeit

Immerhin erklärte Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, jüngst in einer Debatte im tschechischen Fernsehen unter anderem: „Diese Krise hat unsere krankhafte Abhängigkeit von China und Indien in Bezug auf Arzneimittel aufgezeigt.“ Was folgt daraus? „Wir sind verwundbar, eine radikaler Wandel ist nötig.“

Genau diesen meint der Europäische Green Deal. Und Deutschlands führendes Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ merkte dazu an, die Menschheit sei schon vor Corona in der Krise gesteckt, der gegenwärtige Schock könnte heilsam sein: „Nachhaltigkeit wird das Schlüsselwort der Epoche sein, die mit Corona beginnt.“

DER AUTOR



Claud Reitan (* 1954 in Innsbruck), ist freier Journalist und Autor. Zuvor war er Chefredakteur der „Furche“ und der „Tiroler Tageszeitung“. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a.: „Gesellschaft im Wandel: Perspektivenwechsel für Österreich“ (2014); „Die neuen Völkerwanderungen – Ursachen der Migration“ (2016). Reitan lebt in Wien. [Michèle Pauly]

E-Mails an: debatte@diepresse.com